

# Liebe Freunde der Bewegung zur Stärkung der direkten Demokratie in Deutschland!

[communication@volksgesetzgebung-jetzt.de](mailto:communication@volksgesetzgebung-jetzt.de)

## I

Kurz vor den Sommerferien ist in der BRD auch in den Medien wieder einmal eine Debatte zum Stichwort »Volksentscheid auch auf Bundesebene« entfacht worden. Sie spiegelt sich zum Beispiel auf der von der ARD eingerichteten Seite <http://meta.tagesschau.de/id/38702/mehrheit-fuer-mehr-direkte-demokratie> im Netz wider.

Wie Ihr wahrscheinlich wisst, ging der Impuls für alle diese Entwicklungen von der »Aktion Volksentscheid«, einer Vorläuferin der Initiative »Volksgesetzgebung-jetzt«, aus. Sie hat 1983 dem Deutschen Bundestag Forschungsergebnisse der »Arbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht« zur zeitgemäßen Regelung des *Abstimmungsrechtes des Volkes*, wie es im Grundgesetz der BRD Art. 20 Abs. 2 verankert ist, *mit einer ersten Petition* vorgelegt. Nach mehreren Zwischenschritten mit weiteren Petitionen in den Jahren 1987/88, 1990, 1994, 1998, 2005 und 2008, die vom Parlament allesamt mehrheitlich abgewiesen wurden,<sup>1</sup> hat die Initiative »Volksgesetzgebung-jetzt« am 9. November 2009 abermals eine Petition zu diesem Sachverhalt eingebracht. Diese konzentriert sich – mit einer entsprechenden Begründung – auf drei Punkte [<http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/petition-2009>]:

**1. Vier Kriterien für die »dreistufige Volksgesetzgebung«.**

**2. Darüber - außer dem zustimmenden oder ablehnenden Beschluss des Bundestages - eine Volksabstimmung.**

**3. Ein Bundestagsbeschluss in Anknüpfung an eine Initiative der Kultusministerkonferenz vom 18. Juni 2009, den 9. November zum »Tag der Volkssouveränität« zu erklären, [um ihn jährlich mit Veranstaltungen aller Art als einen Tag der Selbstbesinnung der Nation auf die Probleme und Aufgaben der Demokratie in gegenwärtiger Zeit zu begehen].**

## II

Die oben erwähnte neue Debatte und ihr bisheriger Verlauf hat zu der Idee geführt, die wir in der beigefügten »Einladung zu einem Runden Tisch« an alle diejenigen Aktivitäten richten, von denen wir wissen, dass auch sie sich dafür einsetzen, das Abstimmungsrecht des Volkes, wie es neuerdings auch vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 30. Juni 2009 als fundamentales Grundrecht bestätigt [<http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/petition-2009/aspekte-1>] aber auszugestalten vom Bundestag bisher mehrheitlich immer abgelehnt wurde, dem Volkssouverän jetzt endlich zugänglich zu machen. Wir sehen darin ein Verfassungsgebot.

**Wir meinen, es sei an der Zeit, alle Kräfte zu bündeln und einen Weg zu beraten, wie wir mit einer gemeinsamen Aktion ein Zeichen setzen könnten, das deutlich werden lässt, dass es nicht nur nach dem ARD-DeutschlandTrend vom 23. 7. 2010 [s. oben] »Dreiviertel der Deutschen« sind, welche diese Forderung unterstützen, sondern dass damit auch die Kreativität aller freigesetzt werden würde, die sich mit Ideen und Taten für die Zukunft der Demokratie in Deutschland und Europa engagieren, dabei aber nicht nur auf das traditionelle parteipolitische Element angewiesen sein wollen.**

## III

In der Einladung zu einem Runden Tisch haben wir zur Anregung schon mal angedeutet, was wir in die gemeinsame Beratung über ein gemeinsames Projekt einbringen wollten [Einladung [www.volksgesetzgebung-jetzt.de/pdf/2010-07-31-einladung-runder-tisch.pdf](http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/pdf/2010-07-31-einladung-runder-tisch.pdf) und als Hintergrundtext [www.volksgesetzgebung-jetzt.de/widerstand/manifest](http://www.volksgesetzgebung-jetzt.de/widerstand/manifest)]. Wir sind gespannt, welche Überlegungen andere mitbringen werden.

Bitte antwortet auf diese Einladung auch wenn ihr am letzten Augustwochenende vielleicht nicht an diesem ersten Treffen teilnehmen könnt. Diejenigen, die kommen können, bitten wir um baldige Anmeldung.

### **Für die Initiative und den Ort der Veranstaltung**

*Karl Berger, Peter Frank, Wilfried Heidt, Paul Hölzl, Ines Kanka, Martin Koch, Gerhard Meister, Elfriede Nehls, Uwe Scheibelhut, Gerhard Schuster, Tassilo Seidl-Zellbrugg, Loes Swart* 6. August 2010

Internationales Kulturzentrum Achberg – D88147 Achberg, Humboldt-Haus Panoramastr. 30

---

<sup>1</sup> Nachdem am 4. Oktober 1984 nur einige wenige Stimmen aus der Fraktion DIE GRÜNEN dem Projekt zustimmten, führte die beharrliche weitere Arbeit nicht nur zu einer zeitweise nach Millionen zählenden persönlichen Unterstützung von stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der BRD, sondern im Laufe der Petitionsinitiativen auch dazu, dass seit 1994 nicht nur DIE GRÜNEN, sondern auch die SPD und DIE LINKE [vorm. PDS] die „dreistufige Volksgesetzgebung“ geschlossen unterstützen. Auch die FDP ist inzwischen im Prinzip dafür.